

Rainer Falk

Das Verschwinden der Neuen Weltwirtschaftsordnung: Alte Regeln trotz neuer Akteure?

Der folgende Beitrag skizziert in acht Thesen Diskursverschiebungen in den Debatten zur Weltwirtschaft von der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung bis zu den Handelskriegen der heutigen Zeit.

1.

Von der einstmals sehr kontrovers und prominent diskutierten Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) ist spätestens seit den 1990er Jahren, wenn nicht schon seit Mitte der 1980er Jahre, nicht mehr die Rede. Wenn ich mich richtig erinnere, sprach zuletzt der brasilianische Karrierediplomat Rubens Ricupero, zwischen 1995 und 2004 Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), explizit von diesem Konzept, und dies auch nur in dem Sinne, ob die Ideen, die in der UNCTAD nach ihrer Rettung vor dem Untergang diskutiert wurden, nicht teilweise dem entsprächen, was in den 1970er und 80er Jahren unter dem Label der NIWO diskutiert worden war. Im offiziellen Sprachgebrauch der UNCTAD oder generell der Vereinten Nationen (UN) taucht der Begriff aber seither nicht mehr auf.

2.

Das Verschwinden der NIWO hat verschiedene Ursachen(komplexe). Die Wucht der neoliberalen Offensive wäre hier zu nennen, die von den Entwicklungsländern statt der Integration in eine „neue“ Weltwirtschaftsordnung die Anpassung an das bestehende Weltwirtschaftssystem forderte, wobei sich die Schuldenkrise seit 1982 und die Strukturanpassungspolitik als die probaten Instrumente erwiesen. Auf der politischen Ebene – auch innerhalb der UN – wurde dieser Forderung mit diversen Druckinstrumenten Nachdruck verliehen. Bis 1992 – kurioserweise kurz vor der UN-Konferenz Umwelt & Entwicklung (UNCED) in Rio! – war dann, zuletzt mit der Schließung des UN-Zentrums für Transnationale Konzerne, alles von der Landkarte der UNO getilgt, was an die Militanz des Südens im postkolonialen Zeitalter hätte erinnern können.

3.

Das Konzept der NIWO verschwand aber auch deshalb, weil es einem kruden Abhängigkeitsbegriff verhaftet war und gleichzeitig einen naiven Glauben an die Integrationsbereitschaft des globalen Kapitalismus bzw. an die Realisierungschancen von Gleichheit und Gerechtigkeit im Weltsystem vor sich her trug. Die Frage, ob Integration in die oder Dissoziation aus der Weltwirtschaft geboten sei, wurde zwar heftig diskutiert, aber innerhalb des NIWO-Diskurses nie entschieden. Letztlich setzte sich in der Praxis der Weg der kapitalistischen

Konkurrenz durch, wobei einige der Akteure im Süden, nicht nur, aber vor allem China – auch durch die Nutzung besonderer Bedingungen und Konjunkturen – recht erfolgreiche Aufholprozesse absolvierten, während andere weiter zurückfielen.

4.

Dennoch ist interessant, dass Formen der Solidarität, die u.a. aus den Kämpfen um eine NIWO erwachsen waren, mit dem Untergang des NIWO-Konzepts nicht völlig aus den Beziehungen des Südens verschwanden, sondern sich gleichsam „verselbständigten“. Zu nennen wäre etwa der Süd-Süd-Handel, der eines der, wenn nicht das dynamischste Segment des Welthandels darstellt und auf das Prinzip der self-reliance und die V. UNCTAD-Konferenz von Colombo (1980) zurück geht. Zu nennen wäre auch, dass die Gruppe der 77 (plus China) bis heute existiert und sich zu allen Themen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen artikuliert. Noch wichtiger dürfte sein, dass mit der Neuen Entwicklungsbank (BRICS) und der Asiatischen Infrastruktur-Investment Bank (AIIB), von der Kraft der staatlichen chinesischen Entwicklungsbanken gar nicht zu sprechen, ansatzweise Institutionen entstanden sind, die sich zu Alternativen zu den etablierten Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) entwickeln oder zumindest als Instrumente fungieren könnten, um den Druck für mehr Einfluss des Südens in den Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) zu erhöhen. Nicht vergessen darf schließlich die chinesische Seidenstraßen-Initiative, die trotz eigener Schwächen wohl größte Herausforderung der überkommenen westlichen Entwicklungspolitik.

5.

Nicht alles an diesen Entwicklungen deutet jedoch automatisch in eine positive Richtung. So fragt man sich, wie es um das Potential der BRICS nach den Wahlsiegen rechter und neoliberaler Regierungen in Brasilien und Indien noch bestellt ist. Nicht zu übersehen ist auch, wie sehr die G77 in den letzten Jahren in eine bürokratische Routine gefallen ist. In den IFI agieren die großen Schwellenländer zwar kraftvoll in Richtung auf mehr Mitsprache und neue Kräfteverhältnisse, aber ohne wirklich alternative Konzepte zu den überkommenen neoliberalen Konsensen. Und wie sich derzeit am Besetzungsverfahren für das Amt des neuen Weltbank-Präsidenten wieder einmal zeigt, verfügen die alten Mächte noch über ein gehöriges Maß an Blockademacht.

6.

Es gibt sogar einiges, das darauf hindeutet, dass das Tableau der „Hegemonieverchiebungen in der Weltwirtschaft“ gegenwärtig erneut in Frage steht und die „Aufsteiger“ im Weltsystem mit der Gefahr konfrontiert sind, auf frühere Stufen ihrer Entwicklung zurück geworfen zu werden. Eine Schlüsselrolle in diesem Kontext spielt zweifellos die Trump-Administration. Auch wenn es zu früh für abschließende Bewertungen ist – die Intentionen liegen offen auf der

Hand: Die von Trump vom Zaum gebrochenen Handelskriege drehen sich keineswegs nur um das Handelsbilanzdefizit der USA (hier waren die erhobenen Strafzölle sogar ohne jeden Erfolg, denn das US-Handelsbilanzdefizit ist heute höher als vorher). Letztlich geht es um die Zerstörung des chinesischen Entwicklungsmodells:

„In Bezug auf China ist Trump nicht so sehr wegen des großen Handelsdefizits seines Landes besorgt, sondern vielmehr wegen der Bedrohung von Amerikas globaler Überlegenheit. Der Verdacht gegenüber Chinas globalen Ambitionen wurde für Trump und seine Falken zur Gewissheit, als Xi von der Rhetorik des chinesischen Traums zu dem konkreten industriellen Plan „Made in China 2015“ übergang. Dieser soll chinesische Firmen zu Weltführern in zehn High-tech-Sektoren machen, darunter in künstlicher Intelligenz, Robotik, bei Halbleitern, Elektroautos und in der Raumfahrt.

Alarmiert durch die Aussicht auf die chinesische Vorherrschaft in den Kommandoindustrien der Zukunft, versucht Trump, die Wege zu versperren, auf denen China seine Weltklasse-Unternehmen entwickelt. Das betrifft Handel, Investitionen, Subventionen und Unterstützung sowie die Akquisition von Technologien und intellektuellem Eigentum.“ (Khor 2018)

Erschreckend ist, dass den Trump-Leuten hier auch von den Demokraten kaum Widerstand entgegengesetzt wird. Einige reden deshalb bereits von einem „neuen Washington-Konsens“ gegen die „gelbe Gefahr“, der von allen Fraktionen des Establishments mitgetragen wird.

7.

Ein weiteres Beispiel ist die aktuelle Auseinandersetzung in der und um die Welthandelsorganisation (WTO). Vielleicht ist die WTO in der Vergangenheit zu sehr als eine bloße Liberalisierungsmaschine kritisiert worden. Darüber hinaus bietet sie aber mit ihrem Streitschlichtungsmechanismus durchaus einen gewissen Rahmen für ein regelgestütztes internationales Handelssystem und – in Grenzen – gewisse Schutzmechanismen für ihre schwächeren Mitglieder. In der Auseinandersetzung um die sog. Doha-Runde diente die WTO als probater Rahmen zur Organisierung der Entwicklungsländer entlang spezifischer Interessengruppen. Jetzt fordern die USA eine „Reform der WTO“ und weigern sich einsthalben, die freigewordenen Richterstellen im Streitschlichtungspanel zu besetzen, wodurch dieses bis Ende 2019 funktionsunfähig würde. Im Zentrum ihrer jüngsten „Reformvorschläge“ stehen erneut China und die Entwicklungsländer, vor allem deren verbürgtes Recht auf besondere und differenzierte Behandlung („Special & Differentiated Treatment“ – SDT), das ihnen eine sequenzierte und verlängerte außenwirtschaftliche Öffnung zum Weltmarkt gestattet. Bislang hält das Bündnis zwischen China und den Entwicklungsländern im Rahmen internationaler Organisation wie der WTO. Aber in der neuen Auseinandersetzung um die „WTO-Reform“ mehren sich auch im Süden (z.B. beim South Centre und beim Third World Network) die Stimmen, die – mit Blick auf das Ringen um einen handelspolitischen „Deal“ zwischen den USA und China – vor

„ambivalenten Positionen“ Chinas warnen, als deren Konsequenz auch das Bündnis mit der G77 zerfallen könnte.

8.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch den Aufstieg neuer Akteure „unter den Bedingungen des Neoliberalismus“ (Dieter Boris) auf der politischen Ebene keine Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung zu verzeichnen sind, jedenfalls keine systemrelevanten. Gewisse Veränderungen in den informellen Machtgruppierungen, etwa die Gründung der G20 auf Leader-Ebene, haben zwar eine Erweiterung des Managements der Global-Governance-Strukturen gebracht, aber die Verhältnisse nicht umgestülpt. Es gibt neue Konkurrenten im Süden, die der Norden mehr oder weniger ernst nehmen muss. Aber so lange diese Konkurrenten keine konzeptionell-systemischen Alternativen präsentieren, bleiben Veränderungen allenfalls inkrementeller Natur.

Literatur

Martin Khor (2018), Aus der Sicht des Südens: Vom Handelskrieg zur globalen Anarchie, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), 11-12/2018, S. 1-2.